

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(29. - öffentliche - Sitzung am 24. April 2014)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Gemeinde Südheide, Landkreis Celle**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1397

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Anschließend beriet er über den Gesetzentwurf. Er empfahl dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm der Abg. Belit Onay (GRÜNE).

2. **Beschlussfassung über eine von der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erbetene Unterrichtung durch die Landesregierung über**

a) **die Vorkommnisse bei einer versuchten Rückführung eines somalischen Staatsangehörigen am 10. April 2014 in Göttingen**

Der Ausschuss bat einstimmig um eine mündliche Unterrichtung.

b) **Aktivitäten der „Hells Angels“ in und um Wilhelmshaven**

Der Ausschuss bat einstimmig um eine mündliche Unterrichtung über die Aktivitäten der „Hells Angels“ in und um Wilhelmshaven sowie über die Strukturen und kriminellen Aktivitäten von Rockerbanden in Niedersachsen im Allgemeinen.

c) **die beabsichtigte Neuorganisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV) des Landes**

Der Ausschuss lehnte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen den Wunsch der CDU-Fraktion nach mündlicher Unterrichtung ab. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bat er um eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung.

d) **Erkenntnisse zu einer Brandserie in Garbsen**

Der Ausschuss bat einstimmig um eine mündliche Unterrichtung.

3. **Familiennachzug syrischer Flüchtlinge in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1335

hier: Erörterung der Grundzüge des Antrags, Besprechung von Verfahrensfragen und ggf. Beratung

Der Ausschuss bat die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe um eine Stellungnahme nach § 18b Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung.

Ferner bat er den Ausschuss für Haushalt und Finanzen nach § 39 Abs. 3 in Verbindung mit § 28 Abs. 4 der Geschäftsordnung um eine Stellungnahme zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen des Antrages bzw. der in dem Antrag angesprochenen Absicht der Landesregierung, Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, Pflegebedürftigkeit, Behinderung im Sinne der §§ 4 und 6 AsylbLG von der Verpflichtungserklärung auszunehmen.

Außerdem bat er darum, eine Stellungnahme des Landesrechnungshofes einzuholen.